

# Grauer Regenbogen

Noch bevor die neue Tiroler Landesregierung angelobt war, zeichnete sich ab, was in der nächsten Legislaturperiode erwartet werden darf. Der Grüne Juniorpartner muss die Schelte für die tiefschwarzen Regierungspositionen einstecken. Und darf nicht weinen.

Es gibt einige schnell gesprochene Weisheiten, die Gleichmut fordern und Geduld. Das Kind soll – heißt es beispielsweise – nicht mit dem Bade ausgeschüttet und es soll auch nicht über verschüttete Milch geweint werden. Zur gerade beginnenden neuen Tiroler Legislaturperiode mit der neuen Tiroler Landesregierung passt vielleicht der Spruch „Abwarten und Tee trinken“ ganz gut, denn das ist es, zu dem die Tirolerinnen und Tiroler erst einmal angehalten wären, um zu beobachten, was im Landhaus unter schwarz-grüner Fahne so passiert. Wäre da nicht das „Arbeitsübereinkommen für Tirol 2013–2018“ und wären die Möglichkeiten für die Bevölkerung mittlerweile nicht so breit gefächert, das Koalitionspapier der schwarz-grünen Landesregierung zu durchforsten, würde zum Tee auch ein Keks gereicht und der neuen Mannschaft vor dem Urteil zumindest die berühmten 100 Tage gegönnt werden. Internet und Suchmaschine gewähren diese Gnade nicht mehr und so wurde das Papier mit dem Fünf-Jahres-Plan der politischen Ziele und Vorhaben und Bekenntnisse schneller bewertet und beurteilt als Zeit vergehen musste, damit die Tinte trocknete, mit der VP-Chef Günther Platter und Grünen-Chefin Ingrid Felipe die politische Ehe zwischen der Tiroler ÖVP und den Tiroler Grünen besiegelten. Wahrscheinlich ist dieses Koalitionspapier überhaupt jenes, das in der Geschichte der Tiroler Koalitionspapiere am meisten gelesen wurde. Kaum jemand kann sich daran erinnern, mit Spannung die Bekenntnisse der schwarz-roten Regierungen erwartet und hochkonzentriert

studiert zu haben. Im Rückblick ist das ein Armutszeugnis für die SPÖ, die im Verlauf ihrer zahlreichen Ehen mit der ÖVP offensichtlich derart unspannend wurde, dass sich kaum einer auf die Suche nach auffallend rot gefärbten Regierungs-Kapiteln machte. Vor allem, seit sich mit Ex-SPÖ-Chef Hannes Gschwentner ein äußerst biegsamer Partner in den Schatten der Mehrheitspartei stellte,



*Felipe, Platter: Handshake zum Regierungskompromiss*

wurden Posten wichtiger als Inhalte und sozialdemokratische Marker selbst von Genossen nicht vermisst.

Bei ihren Nachfolgern auf dem kleinen Tirol-Thron ist das anders. Die Grüne Hauptklientel – bestehend eben auch aus reichlich gebildeten, nicht allzu schlecht situierten, urbane Genüsse genießenden und die Natur respektierenden Bürgern –, wartete gespannt auf das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen. In der Zeit des Wartens stauten sich naturgemäß die mit grünen Wahlansagen wohlgenährten Erwartungen und als es dann so weit war, dass das Arbeitsübereinkommen weltweit aus dem Netz geladen und

durchleuchtet werden konnte, war es so, als würde mit jedem Kapitel die Luft aus dem stolzen grünen Ballon entfliehen. Pffft – und weg war die strenge Haltung zu weiteren Lifterschließungen. Pffft – und perdu war die Gegenwehr zum Bau der Großkraftwerke. Pffft – und schon waren aus unverrückbaren Forderungen Vorhaben geworden, die nur umgesetzt werden, sollte irgendwann deren

Finanzierung sichergestellt sein. Revolutionen sehen anders aus. Und selbst Grüne, auf die der Regierungstolz abfärbte, verloren ein wenig an Farbe.

Dass die seit 28. April 2013 beziehungsweise seit 24. Mai 2013 ebenso neu formierte Opposition das Papier nicht als Magna Charta für ein neues Tirol bejubelte, war erwartbar und für Oppositionsprofis wie die Grünen zwar nicht lustig, aber angesichts der neuen Würden wohl erträglich. Als schwer verdaulich mussten aber die Rosen bewertet werden, die beispielsweise Wirtschaftskammer-Präsident und VP-Wirtschaftsbundobmann Jürgen Boden-seer der neuen Regierung streute. Die Wirtschafts- und Industriefunktionäre der Volkspartei waren die skeptischsten Beobachter der Koalitionsverhandlungen. Ihnen war – aus traditioneller Grünenphobie – die Fibel, in der die ÖVP mit phantasievollen Worten vor den einer rot-grünen Koalition wie vor einem Weltuntergang gewarnt hatte, zu einer kleinen Bibel geworden – selbst wenn sie das nicht laut bei Partys sagten. Ihnen war – aus Angst vor zu engen Rahmenbedingungen fürs freie Wirtschaften – die Aussage noch am nächsten, mit der VP-Übervater Eduard Wallnöfer die Gründung der Grünen kommentiert haben soll: „Und überhaupt, dürre Bam hot’s allweil



Neue Regierungsmitglieder Ingrid Felipe, Christine Baur (v. li.): Mit jedem Kapitel entwich die Luft aus dem grünen Ballon

scho geb'n.“ Die Überzeugung, dass es diese Grünen, die im ideologisch so beharrlich behäbigen Land mancherorts immer noch mit Anarchisten und Kommunisten verglichen werden, gar nicht braucht im politischen Spiel, und schon gar nicht an entscheidenden Positionen, ist bei Unternehmern, für die saubere Luft nicht tiefes Durchatmen, sondern sündteure Filteranlagen bedeutet, immer lebendig. Bodenseer nun, der Chef des Wirtschaftsbundes, wurde am 16. Mai 2013 in der Tiroler Wirtschaft, der Zeitung der Wirtschaftskammer, mit folgenden Jubelworten zu Schwarz-Grün zitiert: „Der Tourismus als Motor für Wertschöpfung steht außer Streit. Investitionen in Qualitätsverbesserungen werden begrüßt. Auch die Voraussetzung für ökologisch und ökonomisch sinnvolle Zusammenschlüsse sollen geschaffen werden.“ Weiters wurde betont, dass die Koalition ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Wasserkraft abgelegt habe.

Allein im Zusammenhang mit dem Ausbau der Wasserkraft, einem traditionellen Reizthema für die Grünen, fällt es schwer, das Koalitionspapier schönzulesen. Den Grünen wichtige Ziele – und das betrifft gerade in diesen sensiblen Bereichen, wo Eingriffe in die Natur stattfinden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können – sind zwar

auch im Zusammenhang mit Energie bzw. Wasserkraft im Papier zu finden, doch werden diese Bekenntnisse schwammig formuliert. „Ökologisch verträgliche Lösungen für Schwallausgleichsbecken werden angestrebt“, heißt es beispielsweise, oder: „Wir bekennen uns zur ökologisch sinnvollen Revitalisierung und Aufweitung von Flüssen.“ Das klingt schön, doch zum Gänseblümchen werden diese Aussagen degradiert, wenn die gleich darauf folgenden Punkte im Papier betrachtet werden. Demnach haben die Koalitionspartner „die Entwicklung von regionalen wasserwirtschaftlichen Rahmenplänen, wie etwa jener über Großwasserkraftwerksvorhaben im Tiroler Oberland und ein Rahmenplan zum Ausbau des Wasserkraftpotenzials in Osttirol, um dazu beizutragen, eine zielgerichtete Arbeit zu ermöglichen“, vereinbart. Anschließend werden die einzelnen Projekte aufgezählt, die abgewickelt werden sollen, und dann folgt Ernüchterung für jene Grün-Wähler, die Kraftwerksplänen kritisch gegenüberstehen: „Weiters wird festgehalten, dass hinsichtlich des Ausbaus der Kraftwerksgruppe Sellrain-Silz/Kühtai, des Ausbaus der Kraftwerksgruppe Kaunertal und der Errich-

tung eines Ausleitungs-Laufwasserkraftwerkes Tauernbach keine Kollegialbeschlüsse der Tiroler Landesregierung hinsichtlich der weiteren Projektverfolgung erforderlich sein werden.“ Damit ließen sich die Grünen die Zähne ziehen, heißt es vonseiten der Opposition. „Obwohl sämtliche Großkraftwerke wie Sellrain-Silz, Kaunertal und Tauernbach erst in der Vorprüfungs- bzw. Prüfungsphase sind, haben die Grünen auf ihren Einfluss komplett verzichtet“, kommentieren die Abgeordneten der Liste Fritz, Andrea Haselwanter-Schneider und Andreas Brugger, diesen Teil des Abkommens, der den Grünen wohl noch zu schaffen machen wird. Sei es im Landtag oder angesichts ihrer Basis, die bei eventuellen Protestaktionen im Zusammenhang mit diesen Großprojekten nicht mit dem Rückhalt ihrer Regierungspartei rechnen darf, schlicht weil sich die Grünen in Grundsatzfragen den Mund verbieten ließen.

**„Die Grünen haben komplett auf ihren Einfluss verzichtet.“**

Abgeordnete Liste Fritz

Erstaunlich lesen sich durch die grüne Brille auch die angestrebten Skigebiets-Zusammenschlüsse, die zwar unter „möglichster Schonung der Natur“ durchgeführt werden sollen und dies „nur bei Vorliegen rechtskräftiger Genehmigungen“, doch ist es wieder die

# Die Kompromiss-Bilanz

Im Vergleich zu den ehemaligen Ressort-Zuständigkeiten der SPÖ mussten die Grünen empfindlich Federn lassen.

Es ist kein grünes Grundsatzprogramm und es ist auch keine Liebeshochzeit“, stellte Grünen-Chefin Ingrid Felipe am Tag ihrer Thronbesteigung fest. „Aber was wir heute vorlegen, ist das Programm einer Koalition des Aufbruchs. Das Programm könnte noch viel grüner sein. Aber wenn wir Grüne warten, bis wir 51 Prozent der Stimmen haben, ist es zu spät für die Rettung der Welt.“ Bescheidenheit war es nicht, welche die neue Landeshauptmann-Stellvertreterin am 24. Mai 2013 an den Tag legte und es wird wohl auch ein Fünkchen ihrer Überzeugung dabei gewesen sein, als sie im Zusammenhang mit der grünen Regierungsbeteiligung von nichts



Gerhard Reheis: „Macht und Gestaltungswille liegen voll in den Händen der ÖVP“

Geringerem als der Rettung der Welt sprach. Doch um die Tiroler Welt zu retten, fehlt den Grünen möglicherweise der Zauberstab. „Die Ressortverteilung als Ganzes verdeutlicht anschaulich die grüne Verhandlungsschwäche“, analysierte Felipes Vorgänger, SPÖ-Chef Gerhard Reheis, die Verteilung der Agenden. „Macht und Gestaltungsmöglichkeiten sind fast gänzlich in den Händen der ÖVP konzentriert.“

Weil die Ressorts grundsätzlich ein wenig anders verteilt wurden, ist der direkte Vergleich mit jenen der Vorgänger-Regierung nicht ganz stimmig und doch lassen sich die Aufgaben gegenüberstellen, die bislang die beiden SP-Landesräte Reheis und Thomas Pupp innehatten und die nun die beiden grünen Regierungsmitglieder Ingrid Felipe und Christine Baur innehaben. Baur übernahm gleichsam die Rolle Gerhard Reheis' als Chefin des Sozialressorts. Was bei ihr wegfällt ist die Kriegsgräberfürsorge, was hinzukommt ist die Frauenpolitik. Letzteres lässt hoffen, dass Frauenanliegen ernst-

haft und seriös behandelt werden. Hier hat Baur einiges aufzuholen und dafür wird ihr auch Zeit bleiben, denn die restlichen Zuständigkeiten wurden stark gestutzt. Etwa um die Gesundheits- und Sozialsprengel, einen großen und in Zukunft noch größeren Bereich, um den sich Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg kümmern darf. Zu ihm wanderten auch die ebenso immer wichtiger werdenden Themen Pflegegeld und Heimangelegenheiten, sodass seine Gestaltungsmacht in diesem entscheidenden Themenkreis enorm groß und jener des Regierungsjuniors enorm klein geworden ist.

Ingrid Felipe kann sich künftig als Umwelt- und ein bisschen auch als Verkehrslandesrätin bezeichnen, wobei Letzteres insofern fraglich scheint, da bislang keiner auf die Idee gekommen wäre, Bernhard Tilg so zu nennen, bei dem die Agenda „europäische Verkehrspolitik“ bislang zu Hause war. Auch bei Felipe legte die ÖVP im Vergleich zu ihrem Vorgänger Pupp Hand an, indem sie sich das Wohnungs- und Siedlungswesen – einen der größten und wichtigsten Gestaltungsbrocken des Landes – schnappte und VP-Landesrat Johannes Tratter zuschanzte. Die Sportangelegenheiten – eines der wenigen Themen, mit denen sich ein Regierungsmitglied beliebt machen kann und das fast schon traditionell dem Juniorpartner überlassen worden war – wanderten zum neuen Agrar-Landesrat Josef Geisler.

„Die Grünen haben sich über den Tisch ziehen lassen“, meinte Reheis in einer ersten Reaktion auf die neue Tiroler Koalition. Als die Ressorts verteilt wurden, wanderten jedenfalls viele wichtige Themen hin zur ÖVP. Die Rettung der Welt ist angesichts dessen ein netter Wunsch.

Alexandra Keller

Freude der Touristiker, welche am Einfluss der Ökopartei zweifeln lässt. Fix sind demnach die Zusammenschlüsse Mutters/Axamer Lizum, Spieljoch-Hochfügen/Hochzillertal, Kappl/St. Anton, Pitztaler Gletscher/Ötztaler Gletscher sowie die Erweiterung des Skigebiets Thurntaler Richtung Hochrast in Osttirol. Der einzige Punkt, der im koalitionsfreien Raum behandelt wird – was bedeutet, dass sich die ÖVP gegebenenfalls andere Mehrheiten im Landtag suchen muss – ist der Brückenschlag zwischen Schlick 2000 und der Axamer Lizum, sprich die Kalkkögel.

Die Kalkkögel waren offensichtlich das einzige „No go“ des Grünen Verhandlungsteams und dieses Thema zeigt auch, wie wenig die Tiroler ÖVP von Naturschutzgebieten hält und wie rasch derartige Einrichtungen auf dem Altar der Wirtschaft geopfert werden können. Diese Bergkette, die zu den Stubai Alpen zählt und aufgrund ihrer bizarren Gipfel als Nordtiroler Dolomiten bezeichnet wird, wurde 1983 als sogenanntes Ruhegebiet eingerichtet, was bedeutet, dass die Bergkette unter einen Baustopp gestellt wurde. Trotzdem sind die Pläne, in dieses Gebiet einzugreifen, brandaktuell und wenn der neue Grüne-Klubobmann Gebi Mair in seiner Analyse des Koalitionsabkommens schreibt, dass „das Ruhegebiet Kalkkögel bleibt“, dann unterschätzt er die Macht des schwarzen Gegenübers, denn es ist alles andere als ausgeschlossen, dass es der ÖVP gelingen kann, Kalkkögel-Mitstreiter in der Opposition zu finden. Und sollte es in den kommenden fünf Jahren unruhig werden im Ruhegebiet, sollte dort gebaut werden, wird es für die Grünen schwer werden, den koalitionsfreien Raum zu erklären.

**DIE REAKTIONEN.** Was an den Reaktionen auf die neue Tiroler Regierungskoalition auffällt, ist, dass die großteils in tiefschwarzer Tinte verewigten Ziele, die eine verschärfte Fortsetzung der zuletzt scharf kritisierten Positionen erwarten lassen, nicht der ÖVP, sondern den Grünen angelastet werden. Noch bevor die Regierung angelobt war, mussten sie die Schelte dafür einstecken. Weinen dürfen sie dabei nicht, denn sie tragen diese Ziele mit und neben den Skigebieten und Wasserkraftwerken stechen auch andere Positionen heraus, die bei einer absoluten Mehrheit der Tiroler ÖVP nicht anders formuliert worden wären. Vor der Landtagswahl 2013 hatten sich die Grünen zu vielen Kampf-Themen derart klar positioniert und harte Geschütze gegen die ÖVP aufgeföhren, dass ihre Zugeständnisse zu sehr ins Auge stechen, als dass





Jakob Wolf, Günther Platter (v. li.):  
Zufriedene ÖVP-Verhandlungsführer



Kritik an grünem Schwenkkurs: Haselwanter-  
Schneider, Bruggen (v. li.), Liste Fritz



Zwischen Basilikum und Kaktus: Schwerer Start für die grüne Mannschaft

sie ignoriert werden könnten. Kurz vor der Wahl stellte Ex-Grünen-Chef Georg Willi beispielsweise das Rückübertragungsgesetz – also das Gesetz, mit dem das Gemeindegut von den Agrargemeinschaften zu den Gemeinden rückübertragen wird – als absolutes Muss für die Grünen dar, sollten sie nach der Wahl Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP führen. Im Arbeitsübereinkommen wurde aus dem Reizthema des Wahlkampfes ein Nebenschauplatz, das Wort Rückübertragungsgesetz kommt darin nicht vor und der ÖVP wurde Tür und Tor geöffnet, die überkommen geglaubte Ungerechtigkeit fortzusetzen (siehe „Rückschritt“, Seite 12). Transparenz hatten die Grünen im Wahlkampf ebenso fett plakatiert wie die Seilschaften, die es für sie zu kappen galt. Vereinhart wurde dann lediglich, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ein „besonderes Augenmerk“ auf das Bestbieterprinzip und die Transparenz zu legen sei oder die Veröffentlichung von Ausschreibungen des Landes Tirol und der landesnahen Unternehmen im Internet benutzerfreundlicher gestaltet werden sollen. Das Wort Transparenz kommt zwar immer mal wieder peripher vor, doch nicht im Zusammenhang mit Bedarfszuweisungen für Gemeinden oder Wirtschaftsförderungen. Dass die grüne Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe angesichts dessen damit leben muss, dass ihre Absage an das „System Platter“, das, wie sie gegenüber ECHO feststellte, „für jahrelange

Freunderlwirtschaft, Seilschaften und Machtmissbrauch steht“ und auch dafür, „dass in Tirol die letzten unberührten Flecken zubetoniert werden, wenn es der richtige Liftkaiser will“, als inkonsequentes Lippenbekenntnis entlarvt wird, scheint unvermeidbar.

Die Transformation, welche die Grünen im Zuge der Koalitionsverhandlungen vollzogen und die Kompromisse, denen sie dabei auch heere Grundsätze geopfert haben, mögen Wohlwollende als „Erwachsenwerden“ der Partei bezeichnen oder als Opfer für die Chance, endlich Regierungspartei zu sein – kritischere Geister sehen das anders und einfach wird diese Metamorphose nicht werden. Die ÖVP darf sich darüber freuen, durch die Grünen den Nimbus der Offenheit zu bekommen und ihre Grundsatzpositionen neuerlich betoniert zu wissen. Sie kann mit dem Graffiti auf den Betonmauern gut leben. Den Tiroler Grünen aber steht bevor, womit sich alle Grünen auseinandersetzen mussten, die von der Oppositions- auf die Regierungsbank wechselten. Schon zwei Jahre, nachdem das Bündnis 90/Die Grünen die Regierungspartnerschaft mit der SPD eingegangen war, befand sich die Öko-Partei in einer schweren Krise. Kerstin Müller, die damalige Fraktionsvorsitzende der bundesdeutschen Grünen erklärte diesen Zustand

im Jahr 2000 damit, dass es nicht gelungen sei, die Grundpfeiler grüner Politik und die politische Umsetzung dieser Werte glaubhaft darzustellen. Die Kaliber, zwischen denen die deutschen Grünen damals aufgegeben wurden – Atomkraft beispielsweise oder der NATO-Einsatz im Kosovo – sind zwar hinsichtlich der internationalen Tragweite nicht mit den Themen ihrer Tiroler Kollegen vergleichbar, doch die Grünen werden sich auch hier im Zusammenhang mit den zumindest bis 28. April 2013 propagierten No-go-Themen mit Kritik auseinandersetzen müssen. Mit der Kritik ihrer eigenen Basis, auf deren Einfluss sie bislang immer stolz waren.

Spannend ist die Tiroler Koalition auch vor dem Hintergrund der Stadt-Land-Kluft, die durch die letzte Landtagswahl noch größer wurde. Die Wahl wurde „am

Land“ entschieden, in Haushalten abgesicherter und über 60 Jahre alter ÖVP-Wähler, für die Themen wie Kinderbetreuung, Gleichberechtigung, Öffi-Ticket oder Breitband-Grundversorgung kaum eine Rolle spielen. Themen wie diese wurden im Koalitionspapier auch nicht fixiert, sondern lediglich als Möglichkeit erwähnt. In den urbanen Räumen und vor allem in der Stadt Innsbruck fanden die Grünen die größte Zustimmung. Ihre Wählerschaft ist jung und die Konflikte,

**„Und überhaupt:  
Dürre Bam hot's  
allweil scho geb'n.“**

Eduard Wallnöfer

AGRARPOLITIK

# Rückschritt

Die Zugeständnisse der Grünen in Agrar-Fragen lassen die Bauernfunktionäre strahlen.



Ex-Grünen-Chef Willi: Heißes Eisen abgekühlt

Das Agrargemeinschafts-Thema war eines der am heißesten diskutierten „Eisen“ vor der Landtagswahl 2013. Ex-Grünen-Chef Georg Willi hatte das Thema über Jahre vorangetrieben, hatte einen erheblichen Beitrag dazu geleistet, dass die Tirolerinnen und Tiroler über die Hintergründe und Ausmaße dieser flächendeckenden Gemeindeeinteilung aufgeklärt wurden und er war es auch gewesen, auf dessen Initiative hin der Tiroler Landtag am 13. März 2013 zusammenkam, um über das sogenannte Rückübertragungsgesetz zu diskutieren. Mit einem sensationell undemokratischen Akt verhinderte die ÖVP-Minderheit, dass die Mehrheit der Landtagsabgeordneten das Gesetz beschließen konnte, mit dem die Gemeinden endlich die Verfügungsgewalt über ihre Grundstücke bekommen hätten, jene Grundstücke, welche vor Jahrzehnten illegal und verfassungswidrig in die Hände der Agrargemeinschaften verschoben worden waren. Alle Oppositionsparteien, auch die SPÖ und vor allem die Grünen, hatten sich vor der Wahl darauf festgelegt, dass das Rückübertragungsgesetz eine unverrückbare Forderung für die Koalitionen nach der Wahl sei – egal mit wem, egal in welcher Konstellation. Dass die Grünen ausgerechnet bei diesem The-

ma einknickten, von Rückübertragung im Koalitionspapier keine Rede ist und die dort festgehaltenen Vereinbarungen sogar eine Verschlechterung der Stellung der Gemeinden bedeuten, machen nicht nur Georg Willis Erbe kaputt, sondern zerstören gleichzeitig die Hoffnung der Gemeinden, endlich zu ihrem Recht zu kommen. Doch nicht nur in der Agrargemeinschaftsfrage verbeugten sich die Grünen vor dem neuerlich gestärkten Agrarflügel der Tiroler ÖVP. So unterschrieben sie im Zusammenhang mit dem aktuellen Almensubventionsskandal die Vereinbarung, „im Bereich der Almen auf den Bund einzuwirken, um Lösungen für all jene zu finden, die ohne Verschulden Nachteile durch die nunmehrige Vorgangsweise erfahren. Sofern auf diesem Wege keine Lösung gefunden werden kann, wird das Land Tirol ersatzweise eine Unterstützung für die Betroffenen bereitstellen.“ Das heißt nichts anderes, als dass das Land Tirol mit

Steuergeldern die Folgen der skandalösen Vorgangsweise der Landwirtschaftskammer, die sich in dem Zusammenhang sogar mit dem Verdacht des Betrugs konfrontiert sieht, glätten bzw. ausgleichen will.

Das Bekenntnis zum Landeskulturfonds, der nicht zuletzt von den Grünen scharf kritisierten Bauernbank, sticht nicht minder ins Auge, war es doch das Vorgehen des Landeskulturfonds beim Hofverkauf der Ex-VP-Landesrätin Anna Hosp, der dazu führte, dass Georg Willi einen aufsehenerregenden Prozess gewann und von Machtmissbrauch der ÖVP sprechen durfte.

VP und Grüne vereinbarten zudem „die Beibehaltung der Regulierung der Grundstückverkäufe durch das Tiroler Grundverkehrsgesetz und die Anpassung der Regelungen an die aktuellen Erfordernisse“. Rasch vergessen scheinen die Grünen auch hier ihre Unterschrift unter der Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof zu haben, mit welcher die Oppositionsparteien im Juli 2010 den ersten Schritt setzten, um das Tiroler Grundverkehrsgesetz gänzlich fallen zu lassen.

Agrargemeinschaften, Almencausa, Landeskulturfonds und Grundverkehr – in allen Fragen, die den Machtbauern so wichtig waren, dürfen sie sich bei den Grünen bedanken.

Alexandra Keller

die sich daraus auch für die Regierungsparteien ergeben könnten, sind kein Honigschlecken. Auf der einen Seite muss sich die ÖVP positionieren, die auf ihre Fans schon aus rein biologischen Gründen nicht unendlich lange zählen kann. Auf der anderen Seite müssen die Grünen versuchen, ihre städtisch-aufgeklärte und aufmerksame Klientel nicht durch zu viele Zugeständnisse an die ländlichen Traditionalisten und deren Seilschaften zu vergraulen. Und die 40 Prozent umfassende Tiroler Bürgersmasse der Nicht-Wähler bzw. deren Polit-Frust zu vergessen, täte beiden Parteien nicht gut. Im Wahlkampf hatte sich die ideologisch geprägte Auseinandersetzung der Generationen im Duell zwischen Gebi Mair und Herwig van Staa zugespitzt. Mair wurde nicht müde, van Staa als Personifizierung des schwarzen Schreckens darzustellen. „Er ist intellektuell fähig, den Unsinn zu vertreten, den er eben vertritt. Er steht am besten dafür, was die ÖVP an Verstrickungen und Verschrobenheiten hat“, hielt Mair in einem

„Es ist kein grünes Programm, es ist keine Liebeshochzeit.“

Ingrid Felipe, LH-Stv. Grüne

ECHO-Interview fest. Alle Grün-Kämpfer hatten vor der Wahl dezidiert ausgeschlossen, van Staa als Landtagspräsidenten wiederzuwählen, weil er im Zusammenhang mit dem Agrar-Rückübertragungsgesetz die Mehrheit des Landtags mit einem Trick daran hinderte, das Gesetz zu beschließen. „Nach dem, was in den letzten Tagen passiert ist, wird er von mir persönlich nicht mehr zum Landtagspräsidenten gewählt“, hatte Ingrid Felipe am 15. März 2013 im ORF verlauten lassen. Am 24. Mai 2013 brach sie ihr Wort, indem auch sie van Staa ihre Stimme gab.

Ob mit der Angelobung der neuen Tiroler Landesregierung auch eine neue Tiroler Zeit angebrochen ist, wird sich relativ rasch herausstellen. Dass die ÖVP erwartbar und berechenbar agieren und ihren bisherigen Weg fortsetzen wird, darf angenommen werden. Große Prügel wurden ihr von den Grünen nicht vor die Füße geworfen, selbst wenn eine Vorwahl-Aussage der grünen Landesrätin Christine Baur an Aktualität nicht verloren hat: „Es würde unserem Land gut tun, wenn sich etwas verändern würde. Es ist längst an der Zeit.“

Alexandra Keller